

LESERBRIEF

Authentische Grüne dürfen Ja sagen!

In einem offenen Brief antwortet Jemp Weydert, grüner Gemeinderat in Mamer, Pierre Bormann, Bürgermeister von Neunhausen.

In der woxx 800 vom 3. Juni wurde ein Interview mit dir über die Position der luxemburgischen Grünen zum vorliegenden Kompromiss zwischen 25 europäischen Staaten für eine europäische Verfassung abgedruckt. In diesem Interview sagst du, lieber Pierre: "Les Verts ont laissé tomber une bonne partie de leurs principes fondamentaux. Ces principes (...) sont totalement incompatibles avec le traité constitutionnel." Und weiter: "Ce texte est une gifle pour tout Vert authentique."

Ich widerspreche dieser, deiner, Ansicht der Dinge vehement!

Die Prinzipien, die die Grundlage der politischen grünen Bewegung bilden, heißen: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei, solidarisch. Ich darf mich also weiterhin als "authentischer" (Duden: glaubwürdiger) Grüner bezeichnen, da ich mein (politisches) Denken und Handeln nach diesen Grundprinzipien ausrichte. Ich behaupte außerdem, dass dies auf die überwältigende Mehrheit der luxemburgischen Grünen, inklusive aller ihrer Abgeordneten, zutrifft. Allerdings hat sich nach über 20 Jahren grüner Parteischichte der Schleier der politischen Naivität gelüftet. Und das finde ich gut so, denn es verhindert simplistische Aussagen (Dogmen) wie "Ein authentischer grüner Bürgermeister lässt in seiner Gemeinde keinen Umweltbelastenden Kfz-Verkehr zu!".

Die Grünen gehen heute etwas realistischer an die Probleme heran und kommen folgerichtig auch zu differenzierteren Positionen als noch vor etlichen Jahren. Sie bleiben aber weiterhin eine fortschrittsorientierte, reformistische Kraft die ihre Ziele/Prinzipien nicht aus den Augen verliert. Eine revolutionäre Bewegung waren sie nie. Und so können "authentische Grüne" (was ja kein Synonym für "notorische Nein-Sager" ist) sehr wohl mehrheitlich zur Schlussfolgerung gelangen, dass der vorliegende Kompromiss annehmbar ist. Das grüne "oui critique" drückt aus, dass es berechnete Kritik an Teilen des Textes gibt. Das grüne kämpferische Ja besagt erstens, dass die öffentliche Debatte nicht den Anderen (Befürworter, Gegner, politische Erpresser, ...) überlassen wird und zweitens, dass nach dem 10. Juli der konsequente Einsatz für die grünen Grundprinzipien in Europa weitergeführt werden muss. Und dies bedeutet, die freie Marktwirtschaft so zu regulieren, dass eine soziale, ökologische, basisdemokratische, gewaltfreie und solidarische EU entsteht.

Für diese Reformen bedarf es politischer Mehrheiten u.a. in dem, durch den vorliegenden Verfassungstext gestärkten, Europaparlament. Als es um die Einführung einer Tobin-Steuer ging (Grundprinzip: *solidarisch*), haben allerdings "Linke" eine Mehrheit verhindert, weil der An-

satz ihnen zu reformistisch war. Sollen jetzt die wegen der Arbeitslosigkeit und Delokalisierungen zu Recht besorgten Menschen, die "gens de la rue" also, für ein Nein missbraucht werden, weil eine reformistische EU einigen "linken" Strategen nicht genehm ist?

Die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der EU ist eine beispiellos friedliche (grünes Grundprinzip: *gewaltfrei*), in Zeiten wo in Portugal, Spanien und Griechenland noch Faschisten und Militärs die Völker unterdrückten, wo in Osteuropa ein Staatenbund mit Panzern (Ungarn, CSSR), Mauerbau und Todesschuss (DDR) erzwungen wurde.

Die EU ist trotz vieler Mängel der ökologische Vorreiter der Industriestaaten (grünes Grundprinzip: *ökologisch*). Würden nicht europäische Richtlinien quantitative Ziele vorgeben die über nationale Politik umgesetzt werden müssen, sähe es in vielen europäischen Ländern, allen voran Luxemburg, im Umweltbereich noch düsterer aus. Der realexistierende Sozialismus im Osten mit seiner Planwirtschaft war allerdings ein ökologisches Desaster.

Die (Massen-)Arbeitslosigkeit in Europa (und anderswo) als Folge deregulierter Märkte in einer zunehmend globalisierten Welt ist ein ernsthaftes Problem. Die sozialistische Planwirtschaft garantierte zwar Vollbeschäftigung, war am Ende aber ruinös. Die Antwort kann also nur lauten: In einer ersten

Phase, gemeinsam (!) mit unseren östlichen Nachbarn, einen regulierten Markt in Europa schaffen mit z.B. einer harmonisierten Betriebssteuer und sozialen Mindeststandards (grünes Grundprinzip: *sozial*). Die Aussagen des Sprechers des "Comité pour le Non" am 6. Juni in Mamer, der die neuen europäischen Mitgliedsländer und deren ArbeitnehmerInnen als Bedrohung unserer Arbeitsplätze darstellte, haben mich schockiert. Sie stehen in komplettem Gegensatz zu meinem (grünen) Solidaritätsverständnis. Sie sind außerdem faktisch falsch und politisch gefährlich. Wird das linke "Comité" von einem Rechtspopulisten vertreten oder gibt es doch einen Linkspopulismus auch in Luxemburg gegen den Verfassungsvertrag?

Die EU ist auf demokratischem Wege entstanden. Der beschrittene Weg wird den grünen Vorstellungen von Basisdemokratie natürlich nicht gerecht. Und es riskiert sich jetzt zu rächen, dass die Menschen nie wirklich in den Einigungsprozess eingebunden wurden, dass in Luxemburg die Europawahlen nie zum Thema gemacht wurden, dass in Luxemburg bisher nie wirklich eine politische Kultur der BürgerInnenbeteiligung gewollt war. (Zur Erinnerung: es waren und sind europäische Projekte wie LEADER oder SAUL die bei uns eine minimale Partizipation vorgeschrieben und zaghaft eingeführt haben! Die gleiche Feststellung trifft übrigens auch auf

die Gleichstellung von Mann und Frau sowie das Ausländerwahlrecht zu.) Demokratie praktizieren heißt allerdings nicht nur nehmen - es heißt vor allem geben, heißt also sich einbringen, Zeit und Mühe aufbringen. Die Tatsache, dass die meisten Menschen dafür in Luxemburg (noch) nicht bereit sind, trifft alle Parteien mehr oder weniger hart. Nur reagieren sie unterschiedlich darauf. Während die Konservativen laut bedauern, dass überhaupt ein Referendum durchgeführt wird (und ein solches dann wohl auch die nächsten 70 Jahre nicht mehr zulassen wollen), haben die Grünen in der Partei die kontroverse Diskussion um den Verfassungstext organisiert! Es war nicht "la direction" sondern ein grüner Parteikongress, wo alle Mitglieder - also auch du, lieber Pierre - zuhören, mitdiskutieren und abstimmen dürfen (Grundprinzip: *basisdemokratisch*), mit großer Mehrheit beschlossen den Vertrag im luxemburgischen Parlament anzunehmen. Selbstverständlich dürfen alle Grünen - also nicht nur die GegnerInnen des Textes - am 10. Juli und im Vorfeld zum Referendum ihre persönliche Meinung zum Ausdruck bringen ohne Gefahr zu laufen aus dem Kreis der "authentischen" Grünen ausgeschlossen zu werden.

In diesem Sinne, lieber Pierre, ökologische, soziale, basisdemokratische, gewaltfreie und (immer noch) solidarische Grüße

Jemp Weydert

Avis

MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS
ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS
DIVISION DE LA GESTION DU PATRIMOINE - DIEKIRCH
AVIS D'ADJUDICATION

Le mercredi 6 juillet 2005 à 10:00 heures du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue de l'Hôpital à Diekirch, à l'ouverture de la soumission concernant les

TRAVAUX DE RENOUVELLEMENT DES INSTALLATIONS DE CHAUFFAGE exécuter dans l'intérêt de l'ADMINISTRATION DES PONTS & CHAUSSEES, 115 ROUTE DE GILSDORF A DIEKIRCH

Envergure: 3 chaudières à condensation avec 6 circuits régulation DDC

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

Le début des travaux est prévu pour septembre 2005.

La durée prévisible des travaux est de 25 jours ouvrables.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur candidature écrite au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

L'Administration des Bâtiments Publics "Soumissions" Boîte Postale 70 L-9201 Diekirch Télécopieur: 80 39 93

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le jeudi 16 juin 2005.

Les pièces conformes aux

prescriptions du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003 et portant l'inscription: "Soumission pour les travaux de renouvellement des installations de chauffage à exécuter dans l'intérêt de l'Administration des Ponts & Chaussées, 115, route de Gilsdorf à Diekirch" doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue de l'Hôpital à Diekirch, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 8 juin 2005
Le ministre des Travaux publics, Claude Wiseler

ADMINISTRATION DES EAUX ET FORETS
VACANCE DE POSTE

L'administration des Eaux et Forêts, direction, procédera prochainement à l'engagement

D'un employé (m/f) de la carrière C à temps plein et à durée déterminée

(du 1er juillet 2005 au 7 octobre 2005 pour remplacer un congé de maternité)

Conditions à remplir:

- parler la langue luxembourgeoise et avoir des connaissances en langues allemande, anglaise et française;
- avoir accompli avec succès, dans l'enseignement public luxembourgeois au moins cinq années d'études dans l'enseignement secondaire technique dans la branche des "Beaux-Arts"/Graphique" ou bien présenter un certificat sanctionnant des études reconnues équivalentes par le Ministre de la Fonction Publique et de la réforme administrative

- préférence peut être accordée au candidat pouvant présenter une expérience pratique avec des logiciels informatiques de traitement d'images, de mise en page, de gestion de photographies, et de gestion de site Internet

Documents à présenter:

- une lettre de motivation avec curriculum vitae;
- un extrait de l'acte de naissance;
- un extrait du casier judiciaire;
- un certificat de nationalité
- une copie des certificats scolaires ou diplômes;

Une première sélection sera effectuée sur base des demandes.

Pour tous renseignements supplémentaires, prière de contacter la direction au numéro 40 22 01-213 ou 40 22 01-291.

Le dossier de candidature est à remettre à la

Administration des Eaux et Forêts,

Direction

16, rue Eugène Ruppert

L-2453 Luxembourg,

pour le 27 juin 2005 à 12 heures au plus tard.

